

22. Februar 2024

Haushaltsrede der FFH-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rat unserer Gemeinde, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, das Wesentliche direkt zu Beginn. Wir, die Freien für Hürtgenwald, haben dem Haushalt für das laufende Jahr zugestimmt. Das Zahlenwerk ist solide aufgestellt. Es zeigt das, was finanziell möglich ist in unserer Gemeinde. Und das ist leider ziemlich wenig. Wir befinden uns im Jahr eins nach dem Haushaltssicherungskonzept. Ein solches Haushaltssicherungskonzept wird eingesetzt, damit finanziell wankende Kommunen nicht hintenüberkippen. Wer in einem Haushaltssicherungskonzept ist, darf nicht komplett frei über seine Ausgaben entscheiden, sondern muss bei den sogenannten freiwilligen Leistungen kürzertreten und seine Einnahmen erhöhen. Das hat zu den höchsten Hebesätzen im Kreis Düren geführt, die unsere Bürgerinnen und Bürger tragen müssen. Da ist die Schmerzgrenze erreicht. Das sieht jeder im Rat so. Noch höhere Steuern kommen nicht infrage.

Also mussten und müssen wir sparen. Freiwillige Leistungen sind Zuschüsse für Vereine, Blumensträuße für Jubilare oder Investitionen in die Zukunft, die eigentlich sinnvoll wären und langfristig helfen könnten, aber keine Pflicht. All das geht dann kaum noch. Unsere Vereine haben das in den vergangenen Jahren bitter erfahren müssen. Mit anderen Worten: Ein Haushaltssicherungskonzept ist wie Daumenschrauben, die die finanzielle Freiheit einschränken.

Jetzt durften wir diese Daumenschrauben also ablegen. Zur Seite legen brauchen wir sie leider nicht. Denn die Bilanz des ersten Jahres in finanzieller Freiheit sieht bilanziell ein Minus von 1,4 Millionen Euro vor. Wenn das in den kommenden Jahren so weiter geht – und danach sieht es leider aus – dann können wir uns die Daumenschrauben direkt wieder selbst anlegen. Denn dann befinden wir uns direkt wieder im nächsten Haushaltssicherungskonzept. Unser Eigenkapital, das wir einsetzen können, um ein Minus im Haushalt auszugleichen, ist vermutlich 2027 aufgebraucht.

Das klingt ehrlich gesagt wenig ermutigend. Auch ehrlich sage ich Ihnen, dass wir nur ganz wenige Schrauben finden, an denen wir drehen können, um das langfristig zu verhindern. Denn wenn sie heute in NRW und im Kreis Düren einen kommunalen Haushalt aufstellen, dann sind Sie weitgehend fremdbestimmt. Alle großen Räder werden auf höheren Ebenen gedreht. Ein einfacher Vergleich trifft es gut. Für mich wirkt das so, als ginge es beim Aufstellen unseres Haushalts um den Kauf meines neuen Autos. Lackierung, Leistung, Innenausstattung – alles wird mir vorgeschrieben, obwohl ich bezahle. Manchmal fühlt es sich so an, als könnte ich mit viel Glück noch bestimmen, ob ich einen Wackeldackel oder eine eingehäkelte Klopapierrolle auf die Heckablage stelle.

Vielleicht ist das Beispiel ein bisschen zu drastisch. Was aber stimmt, ist, dass die Städte und Gemeinden bei uns kaum noch handlungsfähig sind. Ja, im Kreis Düren gibt es Perspektiven. Das Ziel des Landrats, den Kreis wachsen zu lassen, scheint zu funktionieren. Wir sind auf dem Weg in Richtung 300.000 Einwohner. Die ersten Projekte im Strukturwandel wachsen auch. In ein paar Jahren zum

Beispiel wird der Haltepunkt der Rurtalbahn in Zerkall mit Wasserstoffzügen bedient. Auch die Rurtalbus-Flotte wird umgestellt. Wir liegen hier leider nicht auf der Sonnenseite. Wachstum gibt es in den Städten und Gemeinden, die an den Autobahnen liegen oder an den großen Bahnlinien und die damit direkt an die großen Städte im Rheinland angebunden sind. Da siedeln Menschen hin. Diese Kommunen sind auch die, die von den Strukturwandel-Geldern profitieren. Gemeinden wie Hürtgenwald bezahlen das Wachstum des Kreises mit. Aber im Moment sieht es so aus, als würden wir weniger von den Vorteilen profitieren. Es wirkt so, als würde der Landrat die 300.000 Einwohner um jeden Preis anstreben. Eins tut er dabei nicht: Sparen. Für uns ist das ein Problem, weil nicht nur der Kreis für höhere Belastungen sorgt. Auch die Instanzen darüber wie Bezirks- oder Landesregierung tun aus unserer Sicht zu wenig dafür, dass die, die die Arbeit vor Ort machen, mehr Gestaltungsfreiheit haben. Ich hatte gesagt, dass es sein kann, dass wir unser Eigenkapital, also unsern Notgroschen, in wenigen Jahren aufgebraucht haben. Im Moment ist der Haushalt ein Sterben auf Raten.

Trotzdem werfen wir nicht die Flinte ins Korn, sondern versuchen, das zu beeinflussen, was wir beeinflussen können. In der Hoffnung, dass wir Schritt für Schritt handlungsfähiger werden. Der erste Schritt ist die Zustimmung zum Haushalt 2024. Die geben wir nicht mit Erleichterung, sondern mit Sorge. Eine Sorge, weil es einfach keine Möglichkeiten mehr gibt, noch mehr zu sparen. Das zeigt schon die Tatsache, dass es aus den Ratsfraktionen so wenig Änderungsanträge wie noch nie gegeben hat. Wir können das auch Positiv formulieren und feststellen, dass in der Verwaltung das Möglichste getan wird. Dafür an dieser Stelle unseren Dank.

Also haben wir eigentlich keine andere Wahl als dem Haushalt zuzustimmen. Wird der Haushalt abgelehnt – vielleicht als Protestnote gegen die Hilflosigkeit - dann legen wir uns andere Daumenschrauben an, nämlich die sogenannte „vorläufige Haushaltsführung“. Das würde bedeuten, dass überhaupt keine freiwilligen Ausgaben möglich sind und damit keine Investitionen in die Zukunft.

Haushaltspolitik oder Ratsarbeit allgemein ist auch schwierig, weil alles gefühlt Ewigkeiten dauert. Eine Chance auf Wachstum ist das Vossenacker Gewerbegebiet. Der Weg dahin ist viel zu lang, er wird verlängert von vielen behördlichen Schritten. Wir wollen hier keine unlauteren Abkürzungen gehen, aber eine Anhörung hier, eine Stellungnahme da, ein Gutachten dort, dann das Gleiche noch einmal bei der Bezirksregierung. Da habe ich (vor zwei Jahren???) zu den Gemeindevertretern gehört, die vor Ort einen Antrag auf Änderung des Regionalplans eingereicht haben, damit das Gewerbegebiet entwickelt werden kann. Ich kann Ihnen sagen, dass ich mich trotz dieses berechtigten Anliegens behandelt gefühlt habe, als sei ich ein dummer Junge.

Die FDP und die Grünen haben den Antrag gestellt, den Rat der Gemeinde zu verkleinern. Wir sind dagegen. Das, was damit eingespart werden kann, ist viel zu wenig und wiegt den Verlust nicht auf. Für uns ist es wichtiger, dass die Menschen in unserer Gemeinde genügend Ratsfrauen- und Herren als Ansprechpartner haben. Möglicherweise liegt der Gedanke zur Ratsverkleinerung auch in der Sorge einiger Parteien begründet, nicht genügend geeignetes Personal zu haben.

Dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich einbringen können, wird immer wichtiger. Deswegen sind die Freien für Hürtgenwald dafür, dass unsere Gemeinde dem Beispiel anderer Kommunen folgt und beim Bürgerbeteiligungsportal des Landes mitmacht. Das gäbe den Menschen in Hürtgenwald die Möglichkeit, Mängel wie Schlaglöcher, defekte Laternen oder Spielgeräte auf Spielplätzen ganz unkompliziert online zu melden. Und es wäre ein weiterer wichtiger Schritt, um das Arbeiten unserer Verwaltung zu digitalisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns bleibt nur eine Politik der ganz kleinen Schritte. Wir entscheiden uns dafür. Denn wenn wir aus – möglicherweise verständlichem – Frust stehen bleiben, dann haben wir überhaupt keine Chance auf Fortschritte.